

UBV Fraktion, Bahnhofsplatz 2, 46535 Dinslaken

An die  
Vorsitzenden des Ausschusses für  
Liegenschaften und Wirtschaftsförderung  
sowie des Planungs-, Umweltschutz-, Grünflächen-  
und Stadtentwicklungsausschusses

**über**

den Bürgermeister der Stadt Dinslaken  
Herrn Dr. Michael Heidinger  
Platz d`Agen 1  
46535 Dinslaken

☎ 02064 – 828299 8  
Fax 02064 – 828299 7  
Mail [info@ubv-dinslaken.de](mailto:info@ubv-dinslaken.de)  
[www.ubv-dinslaken.de](http://www.ubv-dinslaken.de)  
[www.facebook.com](http://www.facebook.com)

**20. Januar 2019**

**Anträge gem. §§ 1, und 3, in Verbindung mit § 26/27 der Geschäfts-  
ordnung des Rates und der Ausschüsse der Stadt Dinslaken;  
hier: Einberufung des ALiWi sowie PUGStA zu einer außerplanmäßigen gemein-  
samen Sitzung**

**Sehr geehrte Frau Emmerich, sehr geehrter Herr Buchmann**

hiermit beantragen wir eine außerplanmäßige gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Liegenschaften und Wirtschaftsförderung sowie des Planungs-, Umweltschutz-, Grünflächen- und Stadtentwicklungsausschusses und bitten, folgenden Beratungspunkt in die Tagesordnung aufzunehmen:

**[Erläuterung der Stellungnahme der Stadt Dinslaken zum Entwurf des Regionalplans Ruhr.](#)**

**Begründung:**

Seit dem 16.01.2019 steht die am 12.12.2018 von der Verwaltung verfasste Beschlussvorlage Nr. 1859 betr. der Stellungnahme der Stadt Dinslaken zum Entwurf des Regionalplans Ruhr der Politik zur Beratung zur Verfügung.

Wie der Beschlussvorlage zu entnehmen ist, besteht der RVR darauf, dass bis zum 01.03.2019 die Stellungnahme der Stadt Dinslaken zum Regionalplan Ruhr vorgelegt wird. Auch wenn erreicht wurde, dass die rechtsverbindliche Stellungnahme der Stadt Dinslaken am 01.03.2019 unter dem Vorbehalt der Empfehlung des Hauptausschusses sowie der Genehmigung des Stadtrates steht, halten wir es für nicht vertretbar, die vielen offenen Fragen zur Stellung-

nahme der Verwaltung in 2 aufeinander folgenden Sitzungstagen (26.27.02.2019) abschließend unter einem enormen Zeitdruck zu beraten.

Da auch Ihnen sicher bekannt ist, dass viele Dinslakener Bürger/innen sich mit der Stellungnahme der Verwaltung nicht einverstanden erklären können, sollten unseres Erachtens alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, eine von der Bürgerschaft getragene Lösung zu finden. Dies erscheint uns jedoch nur möglich, wenn zuvor der Bevölkerung die Möglichkeit eingeräumt wird, frühzeitig und umfangreich an dem Entscheidungsprozess teilnehmen zu können.

Die von der Verwaltung vorgeschlagene zeitliche Beratungsfolge erscheint der **UBV**-Fraktion in keiner Weise geeignet, den berechtigten Belangen der tangierten Dinslakener Bürger/innen sowie den politischen Entscheidungsträgern gerecht zu werden.

Die **UBV**-Fraktion erwartet, dass den tangierten Bürger/innen im Vorfeld der Beschlussempfehlung des PUGStA am 27.02.2019 ausreichend Zeit eingeräumt wird, ihre Forderungen/Wünsche/Anregungen der Verwaltung und Politik vortragen zu können. Dies ist unseres Erachtens nur über eine außerplanmäßige Sitzung der betroffenen Fachausschüsse möglich.

**Mit freundlichen Grüßen**

gez. Heinz Brücker

Fraktionsvorsitzender